



# **Bericht zur guten Unternehmensführung in Bundesunternehmungen**

nach Public Corporate Governance Kodex des Bundes

**2010**

**Ansprechpartner:**

**Deutsches BiomasseForschungsZentrum  
gemeinnützige GmbH**  
Torgauer Straße 116  
04347 Leipzig

Tel.: +49-341-2434-112  
Fax: +49-341-2434-133  
E-Mail: [info@dbfz.de](mailto:info@dbfz.de)  
Internet: [www.dbfz.de](http://www.dbfz.de)

**Daniel Mayer**

**Dipl.-Kfm. (FH), LL.M.**

in der Funktion als administrativer Geschäftsführer

Tel.: +49-341-2434-112  
E-Mail: [info@dbfz.de](mailto:info@dbfz.de)

Erstelldatum:

11.07.2011

## **Inhalt**

<b>Inhalt .....</b>	<b>II</b>
<b>1 Berichtsgrundlage .....</b>	<b>3</b>
<b>2 Anteilseigner .....</b>	<b>4</b>
<b>3 Zusammenwirken von Geschäftsführung, Aufsichtsrat und Forschungsbeirat .....</b>	<b>5</b>
<b>4 Geschäftsführung .....</b>	<b>6</b>
<b>5 Aufsichtsrat.....</b>	<b>6</b>
<b>6 Transparenz und Prüfung.....</b>	<b>7</b>
<b>7 Berichtsvermerk.....</b>	<b>7</b>

## 1 Berichtsgrundlage

Der Public Corporate Governance Kodex des Bundes enthält wesentliche Bestimmungen geltenden Rechts zur Leitung und Überwachung von Unternehmen, an denen die Bundesrepublik Deutschland beteiligt ist, sowie international und national anerkannte Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung.

Ziel ist es, die Unternehmensführung und -überwachung transparenter und nachvollziehbarer zu machen und die Rolle des Bundes als Anteilseigner klarer zu fassen. Zugleich soll das Bewusstsein für eine gute Corporate Governance erhöht werden.

Der Public Corporate Governance Kodex des Bundes richtet sich an Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des Privatrechts, sofern der Bund mehrheitlich an ihnen beteiligt ist.

Das Deutsche BiomasseForschungsZentrum gemeinnützige GmbH (DBFZ) ist eine solche juristische Person, deren einziger Gesellschafter die Bundesrepublik Deutschland ist, vertreten durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Es erfüllt somit die Voraussetzungen für die Anwendung des Public Corporate Governance Kodex unmittelbar. Zu den Zielsetzungen und Tätigkeiten des DBFZ wird auf den veröffentlichten Jahresbericht 2010 verwiesen.

Das DBFZ wurde am 28.02.2008 gegründet, so dass sich der vorliegende Bericht auf das zweite ordentliche Geschäftsjahr bezieht.

Der Public Corporate Governance Kodex wurde durch Beschluss im Kabinett am 01.07.2009 verabschiedet und ist zur Anwendung zu bringen.

Das DBFZ erfüllt seine Verpflichtungen zur Anwendung mit dem vorliegenden Bericht, der öffentlich zugänglich über die Unternehmenshomepage einsehbar ist. Mit diesem Bericht erklärt das DBFZ zusammenfassend, dass den Empfehlungen des Public Corporate Governance Kodex für das Berichtsjahr 2010 entsprochen wurde. Einzelne Anpassungen an die betrieblichen Notwendigkeiten werden im Bericht erläutert.

## 2 Anteilseigner

Der Bund nimmt als Gesellschafter seine Rechte in Gesellschafterversammlungen wahr. Die Gesellschafterversammlung tagt mindestens einmal im Jahr, zusätzlich auf Verlangen der Geschäftsführung oder des Aufsichtsrates, und beschließt über die gesetzlich vorgeschriebenen Tatbestände.

Die Geschäftsführung legt den geprüften Jahresabschluss innerhalb der ersten fünf Monate des laufenden Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat vor. Dieser nimmt den Jahresabschluss zur Prüfung entgegen und empfiehlt an den Gesellschafter die Beschlussfassung zur Feststellung des Jahresabschlusses und zur Ergebnisverwendung. In 2010 wurden sowohl der Jahresabschluss des Rumpfgeschäftsjahres 2008 sowie des ersten ordentlichen Geschäftsjahres 2009 festgestellt.

Dem Gesellschafter obliegen ausschließlich Rechte zur Bestellung oder Abberufung der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates. Die Entlastung der Geschäftsführung wird nach Empfehlung durch den Aufsichtsrat durch den Gesellschafter beschlossen.

Die Bestellung des Wirtschaftsprüfers erfolgt durch den Gesellschafter jährlich einzeln, die Beauftragung wird durch die Geschäftsführung vorgenommen. Der Wirtschaftsprüfer wird zur Gewährleistung einer unabhängigen Prüfung spätestens nach fünf Jahren gewechselt.

Die Gesellschafterversammlung wird in der Regel von der Geschäftsführung unter Mitteilung der Gegenstände der Beschlussfassung und Übersendung der erforderlichen Unterlagen mit einer Frist von mindestens zwei Wochen einberufen und findet mindestens einmal im Jahr statt. In 2010 fanden sechs Gesellschafterversammlungen statt.

Der Gesellschafter hat zur Gründung des Unternehmens die Errichtung eines Aufsichts- und eines Forschungsbeirates beschlossen.

### **3 Zusammenwirken von Geschäftsführung, Aufsichtsrat und Forschungsbeirat**

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng zusammen. Dies bedingt die Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse.

Die Geschäftsführung stimmt auf der Grundlage von Unternehmensgegenstand und Unternehmenszweck die strategische Ausrichtung des Unternehmens mit dem Aufsichtsrat ab.

Als Organ der Gesellschaft nimmt der Aufsichtsrat umfangreiche Überwachungsaufgaben gemäß Gesellschaftsvertrag wahr. Neben Informationsrechten nach § 90 AktG obliegen dem Aufsichtsrat umfangreiche Zustimmungsvorbehalte zu wesentlichen Geschäften und Befugnisse zur Steuerung der Geschäftsführung.

Der Aufsichtsrat beruft die Mitglieder des Forschungsbeirates und genehmigt dessen Geschäftsordnung.

Der Forschungsbeirat tagt einmal jährlich und berät die Gesellschaft zur mittel- und langfristigen Forschungsplanung. Er besteht aus 20 ordentlichen Mitgliedern, die als Vertreter der Wissenschaft ein besonderes Interesse an der Forschung im Bereich der energetischen Biomassenutzung haben und entsprechende Fachkompetenz einbringen können.

Das DBFZ stimmt zustimmungsbedürftige Geschäfte mit dem Aufsichtsrat zeitnah ab. Die gegenseitige Information und Abstimmung verlief in 2010 zügig und im Einklang mit dem Public Kodex. Die Geschäftsführung beriet alle Vorgänge von besonderer Bedeutung mit dem Aufsichtsrat.

Der Aufsichtsrat tagte 2010 zweimal ordentlich, in zusätzlichen Umlaufverfahren wurden zustimmungsbedürftige Geschäfte auf Antrag der Geschäftsführung beschlossen.

## 4 Geschäftsführung

Die Geschäftsführung des DBFZ besteht aus zwei Geschäftsführern, die gemeinschaftlich tätig sind. Der Umfang der Tätigkeit und Verantwortung werden vom Gesellschaftsvertrag und der Geschäftsführeranweisung, letztere verabschiedet durch den Aufsichtsrat, bestimmt. Für beide Geschäftsführer bestehen interne Vertretungsregelungen. Prokuristen oder Handlungsbevollmächtigte sind nicht bestellt.

Demnach sind für den wissenschaftlichen und administrativen Geschäftsführer getrennte Verantwortlichkeiten festgelegt. Beide erfüllen ihre Aufgaben und Pflichten entsprechend der gesetzlichen Vorschriften. Zudem gelten verschiedene Nebenbestimmungen über den Zuwendungsgeber, z.B. zur Korruptionsbekämpfung und zu investiven Tätigkeiten. Die Geschäftsführer werden für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren mit der Möglichkeit der Verlängerung bestellt. Die Regelaltersgrenze entspricht dem gesetzlichen Renteneintrittsalter.

Die Geschäftsführeranweisung definiert die internen Zuständigkeiten der Geschäftsführung und legt Berichtspflichten gegenüber dem Aufsichtsrat fest. Weiterhin sind die Willensbildung in der Geschäftsleitung und zustimmungsbedürftige Geschäfte geregelt. Sie unterliegt der regelmäßigen Anpassung an die Gegebenheiten des sich im Aufbau befindlichen DBFZ.

Die Geschäftsführung ist derzeit als B3 (wissenschaftlicher Geschäftsführer) bzw. E15 (administrativer Geschäftsführer) eingestuft. Die Anstellung erfolgt in Anlehnung an die Regelungen des öffentlichen Dienstes, Zulagen sind zustimmungspflichtig durch das Bundesministerium der Finanzen.

Die Prüfung der Angemessenheit der Gehälter obliegt dem Aufsichtsrat, der ggf. in Form einer Empfehlung an den Gesellschafter berichtet.

Die Geschäftsführer nehmen keine Nebentätigkeiten im Wettbewerbsfeld des DBFZ wahr.

## 5 Aufsichtsrat

Die Aufgabe des Aufsichtsrats liegt in der Beratung und Überwachung der Geschäftsführung. Gegenstand der Überwachung sind die Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und die Wirtschaftlichkeit der Geschäftsleitungsentscheidungen. Hierzu gehört insbesondere, ob und wie sich das DBFZ im Rahmen seiner satzungsmäßigen Aufgaben betätigt.

Der Aufsichtsrat hat mit seiner ersten Sitzung eine Geschäftsordnung festgelegt und zuletzt in der 10. ordentlichen Sitzung vom 03.05.2011 geändert.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates setzen sich im Berichtsjahr aus jeweils einem Vertreter des BMELV, des BMU, des BMBF, des BMVBS und des SMUL zusammen. Von diesen fünf Mitgliedern ist der Vertreter des BMELV Vorsitzender des Aufsichtsrates.

Für die Mitglieder des Aufsichtsrates wird keine Vergütung oder Aufwandsentschädigung gezahlt. Reisekosten werden vom DBFZ übernommen.

Der Aufsichtsrat tagt gemäß Satzung mindestens zweimal jährlich, wobei die erste ordentliche Sitzung auch die Prüfung des Jahresabschlusses des Vorjahres beinhaltet. Die erste ordentliche Sitzung des Kalenderjahres findet daher in der Regel im Juni statt, nachdem die Geschäftsführung den Jahresabschluss gemäß Satzung bis zum 31. Mai in geprüfter Form vorlegt.

Über die Sitzungen des Aufsichtsrates werden Niederschriften angefertigt, von denen jedem Aufsichtsratsmitglied und dem DBFZ eine Abschrift ausgehändigt werden.

## 6 Transparenz und Prüfung

Das DBFZ unterliegt als GmbH dem privaten Recht. Der Jahresabschluss besteht in 2010 als mittelgroßes Unternehmen aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Lagebericht. Gemäß der Vorschriften der Bundeshaushaltsordnung und zugehöriger Verordnungen werden die Vorgaben des HGB für große Gesellschaften angewendet. Der Jahresabschluss wurde daher durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft. Gegenstand des Prüfungsauftrages ist neben der Feststellung des ordnungsgemäßen Jahresabschlusses auch die Einhaltung des § 53 HGrG und die entsprechende Beantwortung des Fragenkatalogs des Berufsstandes. Die Prüfungsberichte werden dem BMELV als zuständigem Ressort, dem BRH und den maßgeblichen Projektträgern zur Verfügung gestellt. Der Jahresabschluss wird auf der Homepage gemäß Public Kodex als Anhang zu diesem Bericht veröffentlicht.

Das DBFZ ist neben der aufgrund seines gemeinnützigen Status ideellen, nicht-wirtschaftlichen Tätigkeit auch wirtschaftlich tätig. Die Tätigkeit umfasst sowohl die Auftragsforschung im Zweckbetrieb als auch die rein wirtschaftliche Tätigkeit z.B. im Rahmen von Beratungsaufträgen. Zur Berechnung der Auftragswerte bzw. des Angebotspreises lässt das DBFZ jährlich die tatsächlichen IST-Gemeinkostensätze durch einen Wirtschaftsprüfer berechnen und testieren. Die Berechnung dient der Schlussabrechnung von laufenden Projekten sowie der Vorkalkulation kommender Aufträge. Dieses Vorgehen ermöglicht in Übereinstimmung mit dem europäischen Beihilferecht eine unter Vollkostenberechnung ausgeübte kollisionsfreie und rechtlich einwandfreie Tätigkeit.

Das DBFZ fertigt jährlich einen Jahresbericht an, der eine Übersicht über die Forschungstätigkeit im Berichtsjahr gibt. In diesem Bericht werden außerdem u. a. alle Vorträge, Veröffentlichungen oder Konferenzbeiträge gelistet. Der Bericht ist auf der Homepage öffentlich zugänglich.

## 7 Berichtsvermerk

Zusammenfassend stellt die Geschäftsführung des DBFZ fest, dass im Berichtsjahr dem Public Corporate Governance Kodex des Bundes in der Fassung vom 30.06.2009 entsprochen wurde.

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010

Bilanz zum 31. Dezember 2010

AKTIVA				PASSIVA			
	Euro	31.12.2010 Euro	Vorjahr Euro		Euro	31.12.2010 Euro	Vorjahr Euro
<b>A. Anlagevermögen</b>				<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				I. Gezeichnetes Kapital		25.000,00	25.000,00
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		288.979,51	139.478,51	II. Gewinnvortrag		1.511.051,19	1.494.384,63
II. Sachanlagen				III. Jahresfehlbetrag		679.910,72-	16.666,56
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.068.440,82		1.338.979,00	<b>B. Sonderposten mit Rücklageanteil</b>		5.759.087,16	3.068.426,15
2. technische Anlagen und Maschinen	2.341.448,33		2.135.257,54	<b>C. Rückstellungen</b>			
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	677.683,26		462.534,26	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	0,00		6.811,00
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>2.105.470,19</u>		<u>464.167,25</u>	2. Steuerrückstellungen	277.531,48		44.574,00
		7.193.042,60	4.400.938,05	3. sonstige Rückstellungen	<u>828.308,70</u>		<u>387.307,12</u>
III. Finanzanlagen						1.105.840,18	438.692,12
Rückdeckungsanspruch aus Lebensversicherungen		0,00	11.379,00	<b>D. Verbindlichkeiten</b>			
<b>B. Umlaufvermögen</b>				1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.341,10		558,77
I. Vorräte				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 1.341,10 (Euro 558,77)			
unfertige Leistungen		474.884,12	462.412,45	2. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	637.669,82		509.153,14
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 637.669,82 (Euro 509.153,14)			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	144.665,66		216.453,95	3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	135.126,03		235.091,42
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>1.669.956,51</u>		<u>718.752,57</u>	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 135.126,03 (Euro 235.091,42)			
		1.814.622,17	935.206,52	4. sonstige Verbindlichkeiten	<u>2.984.036,41</u>		<u>2.326.885,66</u>
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		1.672.572,26	2.139.986,16	- davon aus Steuern Euro 156.090,73 (Euro 91.104,26)		3.758.173,36	3.071.688,99
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		342.058,04	25.457,76	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 2.970.614,97 (Euro 2.305.928,91)			
<b>D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung</b>		4.932,00	0,00	<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		311.849,53	0,00
		11.791.090,70	8.114.858,45			11.791.090,70	8.114.858,45

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010

**Gewinn- und Verlustrechnung**  
**für die Zeit vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010**

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse		8.083.792,97	7.219.211,69
2. Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen		12.471,67	204.200,86
3. sonstige betriebliche Erträge		2.128.700,37	558.039,54
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	263.397,58		228.595,38
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>957.074,14</u>		<u>1.737.598,52</u>
		1.220.471,72	1.966.193,90
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	4.835.239,05		3.738.248,52
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>1.045.441,00</u>		<u>806.710,19</u>
- davon für Altersversorgung Euro 132.742,99 (Euro 101.649,01)		5.880.680,05	4.544.958,71
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		1.269.327,08	387.627,70
7. sonstige betriebliche Aufwendungen		2.202.610,90	1.063.905,47
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		14.014,68	20.353,86
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>76.573,07</u>	<u>2.339,37</u>
<b>10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>		410.683,13-	36.780,80
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	89.060,79		18.703,61
12. sonstige Steuern	<u>180.166,80</u>		<u>1.410,63</u>
		269.227,59	20.114,24
<b>13. Jahresfehlbetrag</b>		<u>679.910,72</u>	<u>16.666,56-</u>

**Anhang**  
**für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010**

**1. Allgemeine Angaben**

**1.1 Gliederung**

Der Jahresabschluss wurde auf Grundlage des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) vom 25. Mai 2009 erstellt.

Die Anwendung der geänderten Vorschriften erfolgte erstmals für das Geschäftsjahr 2010.

Bei der erstmaligen Aufstellung des Jahresabschlusses nach BilMoG wurden die Vorjahresvergleichszahlen aufgrund des Wahlrechts des Artikels 67 Abs. 8 Satz 2 EGHGB nicht angepasst.

Die Gliederung von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den §§ 266 und 275 HGB, dem § 42 GmbHG sowie dem Gesellschaftsvertrag i. V. m. § 65 Abs. 1 Nr. 4 BHO.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Nach § 267 HGB ist die Gesellschaft eine mittelgroße Kapitalgesellschaft. Die Rechtsfolgen, die aus dem Wechsel in diese Größenklasse resultieren, traten im abgelaufenen Geschäftsjahr gemäß § 267 Abs. 4 HGB erstmalig ein.

**1.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Die entgeltlich von Dritten erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten angesetzt. Diese werden, soweit die Vermögensgegenstände der Abnutzung unterliegen, um planmäßige Abschreibungen vermindert. Die Sachanlagen werden mit den um planmäßige lineare Abschreibungen sowie ggf. um außerplanmäßige Abschreibungen vermin-

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010

---

deren Anschaffungskosten bewertet. Die Nutzungsdauern sind in Anlehnung an die steuerlichen Tabellen angesetzt; die planmäßigen Abschreibungen erfolgen nach der linearen Methode.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis EUR 150,00 werden in voller Höhe entsprechend § 6 Abs. 2 S. 1 EStG als Betriebsausgaben abgesetzt. Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten/Herstellungskosten von EUR 150,00 bis EUR 1.000,00 werden gemäß § 6 Abs. 2 a EStG im Anschaffungsjahr aktiviert und über eine einheitliche Nutzungsdauer von fünf Jahren abgeschrieben.

Die Bewertung der unfertigen Leistungen erfolgte zu Herstellungskosten (Vollkosten) unter Beachtung der verlustfreien Bewertung.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die sonstigen Vermögensgegenstände, der Kassenbestand und die Bankguthaben sind mit den Nennwerten aktiviert. Einzelrisiken bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden durch Einzelwertberichtigungen berücksichtigt. Darüber hinaus wird das allgemeine Risiko durch eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 1 % berücksichtigt.

Die Bewertung der Valuta-Kassenbestände erfolgte zum Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag.

Das Stammkapital in Höhe von EUR 25.000,00 entspricht dem Gesellschaftsvertrag und der Handelsregistereintragung.

Unter dem Sonderposten mit Rücklagenanteil werden zur Verbesserung der Klarheit die erhaltenen Investitionszuschüsse, die den entsprechenden Aktivierungen im Anlagevermögen zuzurechnen sind, ausgewiesen. Die Auflösung dieses Postens erfolgt über die Abschreibungsdauer der bezuschussten Vermögensgegenstände.

Für die Pensionsverpflichtung existiert eine Rückdeckungsversicherung, welche an den Pensionär verpfändet ist. Dementsprechend werden die Pensionsverpflichtung und der Aktivwert der Rückdeckungsversicherung nach § 246 Abs. 2 HGB saldiert unter dem Bilanzposten „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ ausgewiesen.

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010

---

Der Rückdeckungsanspruch aus Lebensversicherung wurde mit dem Rückdeckungsanspruch nach Maßgabe von Berechnungen der neue leben Lebensversicherung AG vom 15. März 2011 bewertet. Die Pensionsverpflichtung wurde in der Bilanz nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB unter Verwendung der "Richttafeln 2005 G" von Dr. Klaus Heubeck mit dem gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB vorgeschriebenen und von der Deutschen Bundesbank ermittelten Marktzinssatz von 5,15 % nach Maßgabe des versicherungsmathematischen Gutachtens von der neue leben Lebensversicherung AG vom 15. März 2011 bewertet.

Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

### **1.3 Wichtige Geschäftsvorfälle**

Mit notariellem Vertrag vom 16. Dezember 2009, Urkunden-Nr. R 2134/2009 des Notars Dr. A. Randelzhofer, erwarb das DBFZ das unbebauten Flurstück mit der Nummer 815/5 welches im Grundbuch von Paunsdorf im Blatt 872 verzeichnet ist.

Weiterhin erwarb das DBFZ durch notariellen Vertrag vom 22. Februar 2010, Urkunden-Nr. R 0340/2010 des Notars Dr. A. Randelzhofer, das unbebaute Flurstück mit der Nummer 816/15, welches im Grundbuch von Paunsdorf in Blatt 187 verzeichnet ist.

Mit Bescheid vom 31. Mai 2010 hat das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz dem DBFZ für die Zeit von 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010 Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt und dem Landeshaushalt des Landes Sachsen in einer Gesamthöhe von TEUR 5.031 bewilligt. Die Zuwendungen sind im Rahmen einer nicht rückzahlbaren Fehlbedarfsfinanzierung zur Deckung jener Ausgaben und Investitionen bestimmt, die dem DFBZ bei der Durchführung der Aufgaben laut Gesellschaftsvertrag erwachsen.

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010

---

Mit Bescheiden von Mai 2010 wurden dem DBFZ durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung Zuwendungen für folgende Maßnahmen zugesagt:

- a) Haus 4/5 – Bürogebäude, Labor- und Technikumsgebäuden
- b) Haus 6 – Büro- und Verwaltungsgebäude
- c) Haus 7 – Laborgebäude
- d) Haus 10 – Abbruch – Büro- und Verwaltungsgebäuden
- e) Versuchsbiogasanlage
- f) Neubau Seminargebäude
- g) Vorgezogene Infrastrukturmaßnahmen der GBM Technikum

Durch Bescheide vom 17. Mai 2010, 26. Mai 2010, 1. Juli 2010 und 23. November 2010 wurden für einzelne Maßnahmen Änderungen hinsichtlich der Zuwendungshöhe beschieden. Die Maßnahme zu f) und g) sind zwischenzeitlich gestoppt worden.

## **2. Angaben zur Bilanz**

### **2.1 Anlagevermögen**

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist aus dem beigefügten Anlagenpiegel ersichtlich.

Außerplanmäßige Abschreibungen wurden im Rahmen der technischen Anlagen und Maschinen im Umfang von TEUR 49 sowie im Rahmen der geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau im Umfang von TEUR 390 vorgenommen. Diesen Aufwendungen stehen Erträge aus der zusätzlichen Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil in gleicher Höhe gegenüber.

### **2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben mit Ausnahme von TEUR 2 eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010

---

### 2.3 Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Im Rahmen dieser Bilanzposition wird der Rückdeckungsanspruch aus Lebensversicherung (TEUR 12) mit der Pensionsverpflichtung (TEUR 7) miteinander verrechnet.

### 2.4 Sonderposten mit Rücklageanteil

Der Sonderposten mit Rücklageanteil entwickelte sich in der Zeit von 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010 wie folgt:

	EUR
Stand 1. Januar 2010	3.068.426,15
Einstellung	3.896.851,06
Auflösung	1.206.190,05
Stand 31. Dezember 2010	<u>5.759.087,16</u>

### 2.5 Steuerrückstellungen

Unter dieser Bilanzposition sind u. a. Rückstellungen für Steuernachzahlungen aufgrund einer noch laufenden Betriebsprüfung des Rechtsvorgängers in Höhe von TEUR 219 ausgewiesen.

### 2.6 Sonstige Rückstellungen

Unter dieser Bilanzposition sind u. a. Rückstellungen für Rückzahlung von Fördermitteln in Höhe von TEUR 408, Personal in Höhe von TEUR 178, ausstehende Rechnungen in Höhe von TEUR 120, Zinsrisiken als Folge einer noch laufenden Betriebsprüfung in Höhe von TEUR 75 und für Abschluss- und Prüfungskosten in Höhe von TEUR 42 ausgewiesen.

### 2.7 Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten in Höhe von TEUR 13 Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr. Alle anderen Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten werden Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter in Höhe von TEUR 2.474 ausgewiesen.

### **3. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung**

#### **3.1 Umsatzerlöse**

In den Umsatzerlösen werden im Wesentlichen Erträge aus der Fehlbedarfsfinanzierung der Gesellschafterin in Höhe von TEUR 2.509, Erträge aus Zuwendungen für die Durchführung verschiedener Forschungsprojekte in Höhe von TEUR 4.316 sowie Erlöse aus Forschungsaufträgen in Höhe von TEUR 1.206 ausgewiesen.

#### **3.2 Sonstige betriebliche Erträge**

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten u. a. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklagenanteil in Höhe von TEUR 1.206 sowie Erträge aus Zuwendungen des Bundes für Baumaßnahmen aus dem Konjunkturpaket II in Höhe von TEUR 690.

### **4. Haftungsverhältnisse**

Die Gesellschaft ist keine Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB eingegangen.

### **5. Sonstige Angaben**

Wesentliche nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte und marktunübliche Geschäfte mit nahe stehenden Personen bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010

---

Das von dem Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beträgt TEUR 16 und schlüsselt sich wie folgt auf:

- Abschlussprüfungsleistungen: TEUR 14
- Steuerberatungsleistungen: TEUR 2

## **6. Mitglieder des Geschäftsführungsorgans und des Aufsichtsrates / Arbeitnehmer**

### **6.1 Geschäftsführer**

- Herr Prof. Dr. Ing. Martin Kaltschmitt (wissenschaftlicher Geschäftsführer bis 31. Dezember 2010)
- Herr Prof. Dr. Ing. Frank Scholwin (wissenschaftlicher Geschäftsführer ab 1. Januar 2011)
- Herr Daniel Mayer (administrativer Geschäftsführer).

An Bezügen hat die Geschäftsführung im Geschäftsjahr TEUR 140 erhalten.

### **6.2 Aufsichtsrat**

Herr Dr. Rainer Gießübel –Diplomagraringenieur	- Vorsitzender - bis 14. Oktober 2010
Herr Bernt Farcke	- Vorsitzender - ab 15. Oktober 2010
Herr Reinhard Kaiser – Diplommathematiker	- stellv. Vorsitzender - bis 20. August 2010
Herr Berthold Goeke	- stellv. Vorsitzender - ab 21. August 2010
Herr Dr. Bernd Rittmeier – Diplomsozialwirt	- bis 12. März 2010
Herr Johannes Wien	- ab 13. März 2010
Frau Anita Domschke – Diplomagraringenieur	
Herr RD Karl Wollin – Diplomingenieur	

An den Aufsichtsrat wurden in 2010 gemäß Gesellschaftervertrag keine Sitzungsgelder gezahlt.

### **6.3 Arbeitnehmer**

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 146 Arbeitnehmer beschäftigt, welche sich auf die folgenden Gruppen verteilen:

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010

---

- 121 Kfm. Angestellte/Wissenschaftliche Mitarbeiter
- 4 Handwerker/Servicekräfte
- 21 Hilfskräfte/Geringfügig Beschäftigte.

Leipzig, 15. April 2011

---

Prof. Dr. Ing. Frank Scholwin  
-wissenschaftlicher Geschäftsführer-

---

Daniel Mayer  
-administrativer Geschäftsführer-

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010

**Anlagenspiegel zum 31. Dezember 2010**

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten				Abschreibungen				Buchwerte		
	Stand			Stand	Stand	Zugänge	Abgänge	Stand	Stand		
	01.01.2010	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	31.12.2010	01.01.2010	Zugänge	Abgänge	31.12.2010	31.12.2010	31.12.2009
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>											
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	221.730,10	193.776,92	30.265,62	0,00	445.772,64	82.251,59	74.541,54	0,00	156.793,13	288.979,51	139.478,51
<b>II. Sachanlagen</b>											
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.329.142,87	790.613,24	-50.502,00	361.330,43	4.707.923,68	2.990.163,87	10.649,42	361.330,43	2.639.482,86	2.068.440,82	1.338.979,00
2. technische Anlagen und Maschinen	3.789.344,38	759.078,57	35.328,32	0,00	4.583.751,27	1.654.086,84	588.216,10	0,00	2.242.302,94	2.341.448,33	2.135.257,54
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.236.188,58	420.352,85	0,00	0,00	1.656.541,43	773.654,32	205.203,85	0,00	978.858,17	677.683,26	462.534,26
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	464.167,25	2.047.786,16	-15.091,94	675,11	2.496.186,36	0,00	390.716,17	0,00	390.716,17	2.105.470,19	464.167,25
Summe Sachanlagen	9.818.843,08	4.017.830,82	-30.265,62	362.005,54	13.444.402,74	5.417.905,03	1.194.785,54	361.330,43	6.251.360,14	7.193.042,60	4.400.938,05
<b>III. Finanzanlagen</b>											
Rückdeckungsanspruch aus Lebensversicherungen	11.379,00	0,00	0,00	11.379,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11.379,00
<b>Summe Anlagevermögen</b>	<b>10.051.952,18</b>	<b>4.211.607,74</b>	<b>0,00</b>	<b>373.384,54</b>	<b>13.890.175,38</b>	<b>5.500.156,62</b>	<b>1.269.327,08</b>	<b>361.330,43</b>	<b>6.408.153,27</b>	<b>7.482.022,11</b>	<b>4.551.795,56</b>

## Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010

Das Deutsche BiomasseForschungsZentrum (DBFZ) wurde am 28. Februar 2008 als gemeinnützige GmbH gegründet. Es gehört der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV). Das DBFZ übernahm am 17. März 2008 das ehemalige Institut für Energetik und Umwelt gemeinnützige GmbH einschließlich der Liegenschaft.

Das DBFZ beschäftigt sich mit Fragen der Energiebereitstellung aus Biomasse unter besonderer Berücksichtigung innovativer Technologien, der wirtschaftlichen Auswirkungen und der Umweltbelange. Im Rahmen anwendungsorientierter Grundlagenforschung setzt sich das DBFZ insbesondere mit den Fragen des technischen Fortschritts, der Potenzialanalyse und der nachhaltigen effizienten Energiebereitstellung aus Biomasse auseinander. Seit der Gründung erfolgte ein kontinuierlicher Ausbau der wissenschaftlichen Arbeit.

In 2010 wurde die bisherige Gliederung des wissenschaftlichen Bereichs anhand der gewonnenen Erfahrungen überarbeitet. Die bisherigen sechs Fachbereiche sind auf vier reorganisiert worden.

Die Tätigkeit des DBFZ gliedert sich damit in folgende Fachbereiche:

- **Bioenergiesysteme** – Untersuchung von Biomassepotenzialen auf verschiedenen Disaggregationsebenen sowie die Einschätzung der Möglichkeiten ihrer nachhaltigen energetischen Nutzung.
- **Biochemische Konversion** – Verbesserung der technischen sowie der ökonomischen und ökologischen Effizienz der Bioethanol- sowie Biogasproduktion und –nutzung.
- **Thermo-chemische Konversion** – Fragen im Zusammenhang mit der thermo-chemischen Umwandlung biogener Festbrennstoffe und der Bereitstellung von Strom und/oder Wärme aus biogenen Festbrennstoffen.
- **Bioraffinerien** – Analyse und Bewertung der Produktion und Nutzung heutiger und zukünftiger Biokraftstoffe mit Fokus auf der technisch-ökonomischen Umsetzbarkeit sowie den umweltrelevanten Aspekten entlang der gesamten Bereitstellungskette.

## Lagebericht

---

Die fachbereichsübergreifenden Schwerpunkte der Forschung wurden in Kompetenzfelder definiert und in dem veröffentlichten Jahresbericht ausführlich dargestellt:

- Internationale Vernetzung
- Biomethan
- Simulation
- Vergasung
- Katalytische Emissionsminderung
- Nachhaltigkeit von Bioenergie-Technologien
- Bioenergie-Daten

Das DBFZ ist im Rahmen der ISO 9001:2008 zertifiziert.

## I. Darstellung des Geschäftsverlaufs der Gesellschaft

### 1. Allgemeines

Gesellschafterin des DBFZ ist zu 100% die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz.

Die Gesellschaft kann im Rahmen ihrer Gemeinnützigkeit alle Geschäfte betreiben, die der Verwirklichung des Gegenstands der Gesellschaft gemäß § 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages dienen.

Innerhalb der Branche der forschenden Institute privatrechtlicher Natur nimmt das DBFZ eine besondere Rolle ein. Insbesondere die Verknüpfung der wissenschaftlichen Fragestellungen mit der forschenden und produzierenden Industrie ist Aufgabe des DBFZ. Mit der privatrechtlichen Gesellschaftsform steht die wirtschaftliche Tätigkeit im Rahmen der Auftragsforschung zur Erwirtschaftung von Drittmitteln dem zuwendungsfinanzierten Forschungsplan gleich.

## Lagebericht

---

### 2. Umsatz und Auftragsentwicklung

Im Berichtsgeschäftsjahr hat die Gesellschaft 120 Forschungsprojekte mit einem Auftragsvolumen von ca. TEUR 5.522 bearbeitet. Hinzu kamen die Projekte des Arbeitsprogramms des BMELV und die dafür von der Gesellschafterin gewährte Grundförderung im Rahmen einer Fehlbedarfsfinanzierung in Höhe von ca. TEUR 2.509.

Die Auftragsentwicklung in 2010 lag über den im Wirtschaftsplan angesetzten Werten und führte zu dem erwarteten personellen Aufwuchs der Gesellschaft in 2010.

### 3. Personal- und Sozialbereich

Die Mitarbeiterzahl ist im Berichtsjahr erneut deutlich angewachsen und beträgt zum Abschluss des Geschäftsjahres 154 Mitarbeiter, davon 128 im wissenschaftlichen Bereich angesiedelt, bei 131,2 Vollzeitäquivalenzen. Das DBFZ wendet den TVöD (Bund), Tarifgebiet Ost, an. Die Mitarbeiter werden gegenüber der Gesellschaft durch einen Betriebsrat vertreten. Als Forschungsinstitut lebt das DBFZ vom Erhalt und der Entwicklung des Know-Hows. Die Mitarbeiter sind daher gehalten, sich um ständige Fortbildung zu bemühen. Das DBFZ fördert die Wissensgewinnung durch die Entsendung auf Seminare, Tagungen und langfristige Qualifizierungsmaßnahmen. Seit 2010 wurde damit begonnen, Inhouse-Schulungen anzubieten. Der bereichsübergreifende Transfer von Know-How und die gemeinsame Bearbeitung von organisatorischen Fragestellungen erfolgt durch verschiedene fachbereichsübergreifende Arbeitsgruppen, z.B. „Wissensmanagement“ und „Datenbanken“, und wird durch die Geschäftsführung des DBFZ aktiv gefördert. Der sehr aktiven Arbeitsgruppe „Qualitätsmanagement“ kommt im Rahmen der ISO-Zertifizierung eine besondere Bedeutung zu.

Aufgrund der hohen Anzahl junger Mitarbeiter hat das DBFZ die Einführung von Regelungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie begonnen. Die Zertifizierung wird gegen Ende 2011 angestrebt.

## Lagebericht

---

### 4. Investitionen

Die Investitionen betragen im Berichtszeitraum insgesamt TEUR 4.212, davon in Grundstücke und Bauten TEUR 2.472, in technische Anlagen und Maschinen TEUR 759, in die Betriebs- und Geschäftsausstattung TEUR 420 sowie in den Motorenprüfstand TEUR 268. Da sich das DBFZ weiterhin in der Aufbauphase befindet, werden die Investitionen in Klein- und Großanlagen in den kommenden Jahren weiterhin eine deutliche Rolle im Wirtschaftsplan spielen. Zudem waren im Berichtsjahr weiterhin etliche Planungsvorgänge für umfassende Immobilieninvestitionen in den kommenden Jahren maßgeblich. In 2010 wurden die beabsichtigten Grundstücksankäufe durchgeführt, womit für die Planung der großen Neubaumaßnahme ein arrondiertes Grundstück zur Verfügung steht.

In 2010/11 finden auf der Liegenschaft umfangreiche Sanierungs- und Neubaumaßnahmen aus dem Konjunkturprogramm II statt, die im Berichtszeitraum überwiegend planmäßig verlaufen und voraussichtlich im Zuwendungszeitraum bis Ende 2011 abgeschlossen werden können.

## II. Darstellung der Lage der Gesellschaft

### 1. Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt im Geschäftsjahr TEUR 11.791 und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr aufgrund der umfangreichen Investitionen um etwa 45% erhöht. Die Eigenkapitalquote liegt bei ca. 56% bei einem Eigenkapital von TEUR 6.615.

### 2. Finanzlage

Für die Finanzierung der laufenden Geschäftstätigkeiten standen während des Berichtszeitraumes durch die institutionelle Förderung des Gesellschafters jederzeit ausreichend Mittel zur Verfügung. Die über den Wirtschaftsplan vorgesehene Bezuschussung durch Mittel des Bundes konnte unterschritten werden.

## Lagebericht

---

### 3. Ertragslage

Das DBFZ erzielte im Geschäftsjahr Erträge in Höhe von TEUR 10.225. Die Personalaufwendungen betragen TEUR 5.881, die Sachaufwendungen ohne Abschreibungen betragen insgesamt TEUR 3.423 und das Finanzergebnis betrug TEUR -63. Aufgrund einmaliger Vorgänge und notwendiger Interimsmaßnahmen aufgrund der Bauverzögerungen wurde das erwartete ordentliche Ergebnis mit Aufwendungen und Rückstellungen deutlich negativ belastet und begründet den entstandenen Jahresverlust von ca. TEUR 680.

### III. Hinweise auf die voraussichtliche Entwicklung

Die Entwicklung der Umsätze und Aufträge im Berichtsjahr hat aus Sicht der Geschäftsführung die Erwartungen erfüllt. Der Ausbau von Personal und Technik wird durch die mittlerweile etwa um 2 Jahre verzögerten Baumaßnahmen „Neubau Technikum“ und „Neubau Seminargebäude“ beeinträchtigt werden. Während die Sanierungsmaßnahmen aus dem Konjunkturpaket II planmäßig verlaufen, wird diese nicht durch das DBFZ verzögerte Bereitstellung benötigter technischer Ressourcen die weitere Akquise von Projekten einschränken. Zur Vermeidung übermäßiger Beeinträchtigungen sind einige Interimsmaßnahmen vorgenommen worden, z.B. zur Bereitstellung von Laborräumen.

Die Geschäftsführung erwartet für 2011 dennoch eine leichte Steigerung des Auftragsforschungsvolumens, verbunden mit einem leichten Umsatzwachstum. Aufgrund der meist mehrjährigen Projektlaufzeiten ist die Auftragslage für einen längeren Zeitraum stabil und liegt bereits zu Beginn des Geschäftsjahres knapp unter dem Planvolumen für 2011 vor. Durch die hohe Last an Ausgaben des Bundes, in Verbindung mit der Ausgabenminderungsabsicht des Bundesfinanzministers, ist die künftige Entwicklung der öffentlich geförderten Forschungsprojekte nicht einschätzbar.

Der planüberschreitende Anstieg des Forschungsvolumens in 2010 konnte bislang nicht vollständig in der Personalgewinnung abgebildet werden, so dass in 2011 für die Bearbeitung des zunehmenden Projektvolumens der Mitarbeiterstamm weiter ausgebaut werden muss.

Die Forschungsaufgabenstellungen sind in einem Forschungsrahmenplan definiert, der der

## Lagebericht

---

ständigen Fortschreibung und Aufsicht des Aufsichtsrates und der Beratung des Forschungsbeirates unterliegt.

Die Gesellschaft ist und bleibt weiterhin im Rahmen einer institutionellen Förderung durch die Bundesrepublik Deutschland teilfinanziert.

### IV. sonstige Angaben

Die finanzielle Auswirkung einer laufenden Betriebsprüfung des Rechtsvorgängers über die Jahre 2002-2005 kann nicht abschließend eingeschätzt werden. Im Jahresabschluss ist hierfür eine Risikorückstellung in Höhe von TEUR 294 gebildet worden.

Im Weiteren wurde die Rückstellung für die Rückzahlung von projektbezogenen Fördermitteln im Jahresabschluss aufgrund eines neu ermittelten Gemeinkostensatzes um TEUR 233 auf TEUR 408 aufgestockt.

Prozesse oder Ankündigungen von Rechtsstreitigkeiten mit erheblichen Auswirkungen auf das Unternehmen sind nicht gegeben. Es gibt keinen Hinweis auf drohende Umweltschäden oder andere Problemsituationen mit Haftungsrisiken.

Leipzig, 15. April 2011

---

Prof. Dr. Ing. Frank Scholwin  
-wissenschaftlicher Geschäftsführer-

---

Daniel Mayer  
-administrativer Geschäftsführer-

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010

---

### **Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

Ich habe den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der DBFZ Deutsches BiomasseForschungsZentrum gemeinnützige GmbH, Leipzig, für den Zeitraum vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Meine Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von mir durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Ich habe meine Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Ich bin der Auffassung, dass meine Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für meine Beurteilung bildet.

Meine Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach meiner Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ord-

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010

---

nungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Leipzig, 18. April 2011

Bernhard Decker  
Wirtschaftsprüfer